

Aufruf zum Frankfurter Ostermarsch 2010: 50 Jahre gegen Atomwaffen und Kriege – wir demonstrieren weiter

Atomwaffen abschaffen

Was vor 50 Jahren mit dem ersten Ostermarsch in Deutschland als Widerstand gegen Atomwaffen begann, hat heute nicht nur Tradition, sondern ungebrochene Aktualität. Denn das Beharren auf atomare Besitzstände und Teilhabe – so auch durch Deutschland – verschärft die Gefahren durch vorhandene und potenziell neue Atomwaffen. Der Atomwaffensperrvertrag steht in diesem Jahr in der UNO erneut auf dem Prüfstand.

Afghanistan braucht eine Zukunft in Frieden

Die Bundeswehr ist kein Entwicklungshelfer in Uniform, sondern führt Krieg in Afghanistan – auch gegen die Zivilbevölkerung. Gegen den Willen der großen Bevölkerungsmehrheit in Deutschland wird die Anzahl der deutschen Truppen in Afghanistan weiter erhöht. Ziviler Aufbau ist jedoch nur durch den vollständigen Abzug der NATO-Truppen möglich, die von der dortigen Bevölkerung als Besatzungsmächte wahrgenommen und bekämpft werden.

Militär und Rüstungsproduktion führen nicht aus der Krise

Mit der andauernden Wirtschaftskrise und der zunehmenden Angst um Arbeitsplätze bieten sich Bundeswehr und Rüstungsfirmen verstärkt als Arbeitgeber an. Militär, Aufrüstung und weltweite Bundeswehreinätze werden jedoch mit unseren Steuergeldern finanziert. Dieses Geld fehlt zunehmend für dringende Sozialausgaben und sinnvolle Arbeitsplätze.

Eine andere Welt ist machbar

Durch Politik und Medien werden Terrorismushysterie und Islamophobie geschürt. Damit werden der Abbau demokratischer Grundrechte, Aufrüstung und völkerrechtswidrige Angriffskriege zur Durchsetzung geostrategischer Interessen vorangetrieben. Die wahren Probleme der Menschheit sind jedoch andere: Armut, Hunger und drohende Klimakatastrophe erfordern gemeinsame Anstrengungen der Menschheit. Ohne eine konsequente Friedenspolitik ist keines dieser Probleme lösbar.

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung:

- Abzug der Atomwaffen aus Büchel in der Eifel
- Bundeswehr raus aus Afghanistan
- Abrüstung für Arbeitsplätze und Sozialausgaben
- Schluss mit dem Waffenhandel
- keine Kriegspropaganda und Kriegsdrohungen

V.i.S.d.P: Willi van Ooyen, Ostermarschbüro c/o Gewerkschaftshaus, W.-Leuschner-Straße 69-77, 60329 Frankfurt a.M., Tel.: 069/24249950, Fax: 069/24249951, eMail: frieden-und-zukunft@t-online.de

Der Ostermarsch wird durch Spenden finanziert:

Sonderkonto Ostermarsch Kto.-Nr.: 2613655000, SEB-Bank (BLZ 50010111)